

Der Kredit der Arbeitergenossenschaften.

Von Dr. Karl Renner, Obmann des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine.

Magister Sumner verleumdet die sozialdemokratische Partei, wie wir hoffen wollen, aus fahrlässiger Unkenntnis der Arbeiterbewegung. Noch dürfen wir annehmen, daß er die politische Vertretung der Arbeiterklasse einfach von den Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter nicht zu unterscheiden weiß. In voller organisatorischer Unabhängigkeit bestehen neben der Partei die Gewerkschaften mit ihrer Reichskommission und die Konsum-, Spar-, Bau- und Wohnungsgenossenschaften, die sich in der Großeinkaufsgesellschaft eine rein wirtschaftliche Zentrale für gemeinsamen Einkauf und gemeinsame Eigenproduktion gegeben haben. Diese Zentrale ist eine protokollierte Firma, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einfach ein Großhandelshaus mit einem Jahresumsatz von fünfzig Millionen Kronen. Daneben und unabhängig von ihr haben die Konsumvereine einen Zentralverband geschaffen, der ein bloßer Verein ist, statutenmäßig sich mit Geschäften nicht befäßt und zwei Aufgaben hat: er dient den Vereinen als Revisionsorgan und als gemeinsame Stelle für Rechtsschutz und Interessenwahrung. Dieses weitverzweigte Organisationssystem ist sowohl an seinen beiden Spitzen wie in allen seinen Gliedern von der politischen Partei, aber auch von den Gewerkschaften getrennt und unabhängig.

Nichts ist selbstverständlicher, als daß jeder größere Konsumverein — eine Reihe von ihnen hat einen Jahresumsatz von mehr als einer Million — und die Großeinkaufsgesellschaft mit 50 Millionen Umsatz zur Abwicklung ihrer Geschäfte eine ständige Bankverbindung haben. Jeder ordentliche Geschäftsmann mit größeren Waren- und Geldaus- und Eingängen muß sie besitzen. Die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen sind eben vor dem Kriege daran gewesen, ein eigenes, rein genossenschaftliches Geld- und Kreditinstitut ins Leben zu rufen, sie schufen den „Kreditverband österreichischer Arbeitervereinigungen“. Dieser besteht seit 1913, der Krieg hat seine Entwicklung unterbrochen, aber nichtsdestoweniger hat er im letzten Jahre bereits einen Umsatz von mehreren Millionen erzielt, er wird im Frieden allmählich in die Lage kommen, den wirtschaftlichen Organisationen die normale Finanzsicherung kapitalistischer Bankunternehmungen zu ersparen.

Die proletarische Genossenschaftsbewegung ruht auf dem strengen Grundsatz der Selbsthilfe. Die Arbeitergenossenschaften, die im Zentralverband vereinigt erscheinen, stellen so ziemlich die einzige Genossenschaftsform dar, die die Staatshilfe prinzipiell und praktisch verworfen hat, die einzige, die niemals staatliche oder Landessubventionen erhalten oder auch nur beansprucht hat. Man erinnere sich nur daran, welch ungezählte Millionen die agrarischen und auch die gewerblichen Genossenschaften dem Staate seit Jahrzehnten abnehmen — und das sind Genossenschaften von Besitzenden, nicht von Besitzlosen. Niemand kann bestreiten, daß die Lohnarbeitenden Klassen Staatshilfe im höheren Ausmaß zu fordern berechtigt wären als jede andere Gesellschaftsklasse, nichtsdestoweniger verschmähten sie das Subventionswesen durch Jahrzehnte und verschmähen es noch heute. Ihr Wahlspruch ist: Aus eigener Kraft!

Auf dem Verbandstag des Zentralverbandes 1911 habe ich über die „Landwirtschaftlichen Genossenschaften und Konsumvereine“ Bericht erstattet. Der Bericht ist im Buchhandel. Damals habe ich darauf hingewiesen, daß insbesondere die Genossenschaften der Landwirte infolge von Subventionen des Staates und der Länder im Betrag von ungezählten Millionen einen weiten Vorsprung gewonnen haben gegenüber den Genossenschaften der Konsumenten und insbesondere deren der Arbeiter, und daß es sich empfehle, mit der Tradition der Selbstlosigkeit der Arbeitergenossenschaften zu brechen, weil sonst bei der Preisbildung die Produzentengenossenschaften im Vorteil und die Konsumenten der wachsenden Teuerung gegenüber wehrlos sind. Und da damals die Schaffung einer genossenschaftlichen Zentralbank durch den Staat auf der Tagesordnung des Parlaments stand, habe ich die Forderung erhoben, daß diese Zentralbank nicht bloß den Raiffeisenkassen, den Spar- und Vorsparvereinen und den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Gebote stehen dürfe, sondern eine eigene Abteilung für die Arbeitergenossenschaften erhalten müsse, die diesen die öffentliche Kredithilfe unter ganz gleichen Bedingungen zugänglich mache, zumal da sämtliche bürgerliche Kreditinstitute, auch wenn alle wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, den Arbeitervereinigungen in der Regel jeden Kredit verweigern. Man denke nur an die ländlichen Sparkassen, die von Arbeitern Millionen Spareinlagen erhalten und doch ihnen beinahe verschlossen sind. Der Verbandstag hat Staatssubventionen mit aller Entschiedenheit abgelehnt, aber erklärt, daß den Arbeitergenossenschaften der private wie der öffentliche Kredit, insbesondere in der damals beabsichtigten Zentralgenossenschaftsbank zu Gebote stehen müsse.

In der Tat ist es ganz unangängig, Kreditinstitute nicht rein wirtschaftlich, sondern politisch oder klassenmäßig zu verwalten, und die Zumutung, irgend eine wirtschaftliche Einrichtung dürfe, weil sie von Arbeitern verwaltet wird, irgend eine öffentliche, halböffentliche oder private Kreditanstalt nicht benutzen, muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Trotz jenem Verbandstagsbeschlusse hat keine unserer Genossenschaften direkt oder indirekt aus Staatsmitteln oder Regierungsfonds irgend jemals ein verzinsliches oder unverzinsliches oder auch nur begünstigtes Darlehen beansprucht oder erhalten. Wer das behauptet, lügt. Und wenn Herr Sumner genossenschaftliche Einrichtungen mit der sozialdemokratischen Partei verwechselt haben sollte, so sagt er auch dann noch die Unwahrheit. Denn er hat in der Reichsratsrede behauptet, die Partei habe „von der Regierung Geld erhalten“. Niemals hat ein Genossenschaftsinstitut etwas anderes beansprucht als einen regulären, ordnungsmäßig gedeckten Bankkredit.

Wahr aber ist, daß die Großeinkaufsgesellschaft einen solchen Kredit zweimal unter außerordentlichen Umständen beansprucht hat, das erstmal, als 1912 infolge der Balkankrisen der Krieg drohte, das zweitemal 1914, als der Weltkrieg ausbrach und ein Run auf die Spareinlagen drohte, die Banken zugleich die größte, verhängnisvollste Zurückhaltung betätigten. Im Jahre 1912 wendete sich die Großeinkaufsgesellschaft an mich als den Obmann des zu ihrem Rechtsschutz berufenen Zentralverbandes. Im Budgetausschuß hatte Finanzminister Jaksch eben erklärt, welche Maßregeln die Finanzverwaltung zum Schutze der bedrohten Spar- und Vorsparvereine plane. Ich machte ihn in offener Ausschusssitzung aufmerksam, daß die Konsumvereine der Arbeiter zugleich Sparvereine sind und den gleichen Anspruch auf Schutz befäßen wie alle anderen Genossenschaften, und das erkannte Jaksch bereitwillig an. Er fragte mich persönlich, welche Art Hilfe wir benötigten; ich erklärte ihm, wir wollten und brauchen keine Subvention, wir benötigen nichts als einen ordnungsgemäßen Bankkredit in der Höhe von einer Million Kronen, befürchten aber, ihn trotz der ausreichenden Sicherstellung bei der augenblicklichen Haltung der Banken nicht zu bekommen. Der Finanzminister sagte zu mir: „Wenn der Krieg ausbricht, kann er nicht damit eingeleitet werden, daß die Arbeiter ihre Sparvereine stürmen, ich werde mit der Kreditanstalt reden, sprechen Sie morgen dort vor!“ Am nächsten Tage betrat ich zum erstenmal die Kreditanstalt, sprach zum erstenmal Dr. v. Spiglmüller und dieser erklärte mir, zu der Transaktion bereit zu sein, wenn die ordnungsgemäße Sicherstellung geboten wird. Das war nicht mehr meines Amtes, sondern Sache des damaligen Geschäftsführers der Großeinkaufsgesellschaft Dr. Benno Karpeles. Er brachte die erforderlichen Bürgschaften bei, das Darlehen ist längst zurückerstattet!

Als 1914 der Krieg ausbrach, wendeten sich die Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft neuerdings an mich. Da ich vor einer Reise nach Hamburg stand, legte ich die Angelegenheit dem Parteivorstand vor. Die Regierung habe die Pflicht, die Volkswirtschaft im allgemeinen und damit auch die Konsum- und Spareinrichtungen der Arbeiter vor unnötigen Kriegsfolgen zu schützen. Das Wortatorium enthebe zwar die Vereine der Rückzahlungspflicht, aber es sei hart, die Vereine würden den Arbeitern, damit sie bei der Einrichtung über Vares verfügen, die Einlagen auszahlen, aber man wisse nicht, ob man so rasch genügende Bürgschaften bereitstellen könne. Ein Kredit von einer Million Kronen würde zur Sicherung für die ganzen Konsumvereine des Verbandes reichen. Vertreter des Parteivorstandes trugen diese Sache nebst vielen anderen auf die Arbeitslosigkeit, auf die Volksernährung, auf den damals stillgestellten Verkehr u. s. f. bezüglichen Angelegenheiten dem Grafen Stürgkh vor, der, wie ich hörte, ohne weiteres auf die Anregung als auf eine selbstverständliche Pflicht der Regierung einging. Er setzte sich mit dem damaligen Gouverneur der Bodenkreditanstalt Dr. Sieghart ins Gespräch, diese Anstalt räumte den Kredit auf Grund strengster Sicherstellung ein, aber er wurde nur zum geringsten Teil in Anspruch genommen, die Konsumgenossenschaften erwiesen sich liquid genug, um dem Andrang der Einleger nachzuhelfen, und binnen wenigen Wochen flossen mehr Gelder in die Vereine zurück, als behoben worden waren.

Dies die beiden Vorfälle, die, offenbar durch einen gehässigen Ertzsch von Feinden der Arbeiterbewegung entzündet und maßlos aufgebauscht, dem Herrn Magister zugetragen wurden. Ohne Wahl, ohne Prüfung, in der Manier gewissenloser Verleumder hat er hinausgeschrien, daß die Partei und die Arbeiter-Zeitung von der Regierung Geld bekommen haben, und Seig war im vollen Recht, diese Behauptung als erlogen zu erklären. Den Genossenschaften ist der Vorfall ein erwünschter Anlaß, endlich die dunklen, schleichenden Gerüchte abzutun. Es gehört zum alten Stolz der proletarischen Genossenschaftsbewegung, daß sie ganz auf Selbsthilfe beruht und den Anflug staatlicher Subventionen immer weit von sich gewiesen hat. Kommt erst der Friede, so wird unsere eigene genossenschaftliche Kreditorganisation uns auch befähigen, von den bürgerlichen und kapitalistischen Kreditinstituten abzusehen.